

UNTERNEHMEN & POLITIK



HAUPTAUFGABEN DER REGIERUNG

TITELGESCHICHTE

„Gleiches Pensionsalter für Frauen und Männer?“
Bernd Marin,
Europäisches Zentrum
für Wohlfahrtspolitik



Neuer Pensionisten-Pakt

Vor den Wahlen war Streicheln angesagt – jetzt ist es höchste Zeit, das Pensionssystem auf neue Beine zu stellen.

Väterchen Staat muss immer tiefer in die Tasche greifen, um die Pensionen zu bezahlen: Die staatlichen Zuschüsse liegen in Österreich mit fast 15 Prozent des BIP höher als in jedem anderen OECD-Staat. Und sie werden, wenn nicht gegengesteuert wird, im nächsten Jahrzehnt explodieren – die Überalterung der Gesellschaft schreitet unaufhaltsam voran. Vorrangiges Ziel: Die Beschäftigtenquote der 55- bis 64-Jährigen, die mit unter 30 Prozent im internationalen Vergleich beschämend gering ist, muss rasch erhöht werden, damit das Ungleichgewicht zwischen Einzahlern und Pensionsbeziehern nicht noch größer wird.

Für eine zukunftsweisende Reform des Pensionssystems hat bisher jedoch der Mut gefehlt – die immer größer werdende Anzahl der Pensionisten ist eine immer stärker werdende wahlentscheidende Gruppe.

Bernd Marin vom Europäischen Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung skizziert für den trend schon jetzt, wie ein „großer Wurf“ aussehen könnte:

DIE DRINGENDSTEN PENSIONS-REFORMEN

- Frauen: eigenständige Pensionen, Angleichung der Pensionshöhe an jene der Männer, Anpassung des Pensionsantrittsalters.
- Als Grundlage für die Pensionshöhe nicht die 15 besten Einkommensjahre hernehmen, sondern das gesamte Erwerbsleben.
- Individuelles Pensionsantrittsalter.

■ Bei den Frühpensionen plädiert er dafür, die Kosten an die Verursacher zurückzuspielen. Bisher hätten sich Manager und Betriebsräte bei der Kündigung von älteren Arbeitnehmern stets darauf geeinigt, die Kosten auf die Steuerzahler und die Versicherungsgemeinschaft abzuwälzen. Konkret sollen Betriebe, die weniger Unfälle, Frühinvalidität und Altersarbeitslosigkeit produzieren, deutlich entlastet, „asoziale Trittbrettfahrer hingegen dafür zur Kasse gebeten werden“. Im Gegenzug würden die Lohnnebenkosten – nur für ältere Arbeitnehmer – gesenkt. Marin: „Die Sprache des Geldes versteht jeder Betrieb.“ Wenn die Leute aber freiwillig in Frühpension gehen und dadurch mehr Freizeit genießen können, müssten sie sich das eben voll selbst bezahlen. Marin hält es für keinen Zufall, dass in Schweden, England und der Schweiz die Leute fünf Jahre länger arbeiten als in Österreich: „Nicht weil sie so viel lieber arbeiten, sondern weil sie entsprechende Anreize erhalten.“

■ Frauen ohne eigenständigen Pensionsanspruch und mit lächerlich niedrigen Pensionen sollten schon bald passé sein. Marin: „Die Altersvorsorge darf nicht abhängig vom Ehemann sein.“ Die vorgesehene Anpassung des Pensionsalters von Frauen an das der Männer ab 2019 hält er überdies für viel zu kurz gegriffen: „Der große Wurf einer neuen Regierung könnte sein, den Frauen eine neue Regelung anzubieten: Eigenständigkeit und Verdoppelung der Frauenpensionen in einer überschaubaren Übergangsfrist, sagen wir von zehn Jahren. Mit der gleichen Pensionshöhe hätten die Frauen dann auch dassel-

be Pensionsalter wie die Männer.“ Über die Dringlichkeit der Sache gibt es keinen Zweifel: „Man muss das jetzt beginnen.“

■ Bisher werden die 15 besten Einkommensjahre zur Berechnung der Pensionshöhe herangezogen – ein eklatanter Vorteil für Menschen mit steilen (Einkommens-)Karrieren. In Zukunft wird kein Weg an der Lebensdurchrechnung vorbeiführen. Marin: „Ohne die kann es kein vernünftiges Pensionssystem geben. Alles andere führt zu Missbrauch, Sozialakrobatik, groben Ungerechtigkeiten.“

■ Jeder Einzelne soll sich aussuchen können, wann er seine Pension antreten will – mit entsprechenden Abschlägen bei früherem Pensionsantritt. Damit verbunden wäre die Einrichtung individueller Pensionskonten, aus denen man ersehen kann, mit welcher Pension man rechnen kann, wenn man beispielsweise in 15, 20 oder 25 Jahren in Pension geht. Einschränkung bei dieser Freigabe des Pensionsantrittsalters: „Schwerstarbeitende sollen keine Einbußen erleiden.“

Ver mehrt wird das bestehende Umlagesystem auch kapitalgedeckter Verfahren bedürfen. Mit der Abfertigung neu und der kurz vor dem Koalitionsbruch kreierten „Zukunftsvorsorge“ hat die ÖVP-FPÖ-Regierung erste Schritte in diese Richtung veranlasst. Einen höheren Abfertigungsbeitrag als die geplanten 1,53 Prozent der Brutto Lohnsumme, wie von den Grünen gefordert, hält Marin für „keine gute Idee: Das würde außerdem schon die Wirtschaft nicht mittragen.“ Eher rütteln ließe sich an der derzeit vorgesehenen Möglichkeit, die angesparten Beiträge zwischendurch zu entnehmen. Würde die abgeschafft, könnte die Abfertigung neu zu einer echten Zusatzpension werden. ●